



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 6. September 2018

Antrags-Nr. 18-F-02-0014

Handlungsfähigkeit der kommunalen Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften sichern - Antrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2018 -

In Wiesbaden wird dringend zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum benötigt. Eine Mietpreisbremse behindert die Schaffung neuen Wohnraums und die Instandhaltung von Bestandswohnungen, da sie insbesondere auch den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften hierfür benötigtes Kapital entzieht. Die Verlängerung von Belegungsbindungen hingegen ist ein probates Mittel, kurzfristig mehr Wohnungen für Menschen mit niedrigerem Einkommen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssen Bauverfahren beschleunigt, Bauvorschriften und herkömmliche Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus überprüft werden, um auch für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften die Rahmenbedingungen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu verbessern.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Für die Verlängerung von Belegungsbindungen werden Mittel in Höhe von 30 Mio. € bereitgestellt.
2. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung hierfür einen konkreten Umsetzungs- und Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten.
3. Der Magistrat wird zudem gebeten,
 - a. sich mit der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zum Thema „Soziale Wohnungspolitik“ vom 17. Juli 2018 auseinanderzusetzen und der Stadtverordnetenversammlung konkrete Schlussfolgerungen für den kommunalen Wohnungsbau in Wiesbaden vorzulegen;
 - b. hierbei insbesondere zu den folgenden Themen Stellung zu nehmen:
 - Ausweitung von Wohngeldzahlungen,
 - Möglichkeiten für die Eindämmung steigender Baukosten,
 - Möglichkeiten für die Anpassung von Bauvorschriften, die einer zügigen Schaffung von neuem Wohnraum entgegenstehen.

Beschluss Nr. 0378

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 29.08.2018 betr.

Handlungsfähigkeit der kommunalen Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften sichern

wird einschließlich des Änderungsantrages der AfD zur weiteren Beratung und abschließenden Beschlussfassung in den Beteiligungsausschuss und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie überwiesen.

1. Den Vorsitzenden des Wiesbaden, .09.2018
- Beteiligungsausschusses und des
 - Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2018

1. Dezernat VII mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat VI mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister